



# NEUE GEMEINDE

*info*

[www.gvvgld.at](http://www.gvvgld.at)



**Gemeinsame Aktion SPÖ-GVV: Neue Fördermodelle für ältere Beschäftigungslose in den Gemeinden** Seite 3

**Kommunaler Werkzeugkoffer wird mobil:** nun auch via Smartphone und Tablet nutzbar, Homepage: neues Design S. 6, 7

**LT-Wahl 2015: SPÖ-LGF Hergovich:** „Landeshauptmann Hans Niessl ist ein verlässlicher Partner der Gemeinden“. S. 11

**GVV fordert eine Reform der Grundsteuer:** Verzicht auf eine überfällige Anpassung geht zu Lasten der Gemeinden S. 15

**Klartext !****Gemeinsam erfolgreich**

**Geschätzte BürgermeisterInnen und Vize-BürgermeisterInnen!  
Liebe GemeindevertreterInnen!  
Sehr geehrte Damen und Herren!**

Die bevorstehende Landtagswahl ist auch für unsere Gemeinden eine sehr wichtige Entscheidung. Denn wir Gemeindevertreter wissen, dass wir vor allem durch ein starkes Miteinander gemeinsam erfolgreich sein können!

Dieses Miteinander zwischen Land und Gemeinden wurde auch zuletzt vom GVV und Landeshauptmann Hans Niessl gezielt im Rahmen des „kommunalen Bedarfserhebungsprozesses“ weiter verstärkt. Dabei machten sich bei GVV-Vorstandssitzungen erstmals Landeshauptmann und Landesamtsdirektor persönlich ein Bild von den Anliegen und Sorgen der Gemeindevertreter. Viele Gesetze und Initiativen (wie zuletzt beispielsweise „Feuerbeschau“ oder „Beschäftigungsförderpaket 50+“), die für die Gemeinden wichtig sind, konnten so in den letzten Jahren in guter Zusammenarbeit mit dem SPÖ-Regierungsteam unter LH Hans Niessl umgesetzt werden. Bei vielen kommunalen Themenbereichen wird noch an Verbesserungen für die Gemeinden gearbeitet.

Wie wichtig eine gute Zusammenarbeit „auf Augenhöhe“ zwischen Land und Gemeinden ist, zeigen aktuell die Wahl von Heinz Heidenreich zum Bürgermeister von Großhöflein (Herzliche Gratulation!) und der sozialdemokratische Erfolg bei den Kärntner Bürgermeister- und Gemeinderatswahlen. Mit der neuen sozialdemokratisch geführten Landesregierung unter LH Peter Kaiser haben auch die Kärntner Gemeinden Rückenwind erhalten und den starken Aufwärtstrend der SPÖ in Kärnten eindrucksvoll bestätigt!

Der Vorstand des Gemeindevertreterverbandes Burgenland hat deshalb im Hinblick auf die Landtagswahl ein Paket geschnürt, um den Gemeindevertretern zu helfen einerseits zur Halbzeit der Gemeinderatsperiode eine positive Bilanz ziehen zu können und andererseits die Wichtigkeit der Zusammenarbeit zwischen Gemeinden und Land sichtbar zu machen. In diesem Sinne hoffe ich, dass wir auch bei der kommenden Landtagswahl gemeinsam erfolgreich sein können und dadurch auch bei nächsten Bürgermeister und Gemeinderatswahlen im Burgenland einen starken sozialdemokratischen Rückenwind haben.

Mit freundschaftlichen Grüßen  
LAbg. Bgm. Erich Trummer  
Präsident GVV Burgenland

## Großhöflein: SPÖ-Kandidat Heidenreich gewinnt die Stichwahl

**M**it 50,2 Prozent wurde Heinz Heidenreich zum neuen Großhöfleiner Bürgermeister gewählt. GVV-Präsident Trummer: „Ich gratuliere Heinz Heidenreich zum Sieg. Aber auch für den GVV ist es wichtig, dass es in Großhöflein wieder einen SPÖ-Bürgermeister gibt. Wir halten jetzt bei insgesamt 89 Mitgliedsgemeinden und sind damit die klare Nummer eins auf kommunaler Ebene im Burgenland!“

Heidenreich setzte sich gegen seine Gegenkandidaten Silvia Unger von der LBL



GVV LGF Mag. Herbert Marhold, Labg. Vzbgm. Günter Kovacs, Bgm. Heinz Heidenreich, LTPräs. Gerhard Steier, SPÖ-LGF LAbg. Robert Hergovich

Foto: SPÖ Burgenland

– sie erreichte 49,8% – durch. Der ÖVP-Kandidat schied schon im ersten Wahldurchgang aus. Gewählt werden musste, weil Wolfgang Rauter von der LBL im September 2014 seinen Rücktritt erklärt hat.

„Ich möchte mich bei allen Wählerinnen und Wählern für das Vertrauen bedanken. Nun geht es mit voller Kraft weiter für Großhöflein. Wir haben viel zu tun! Ich möchte mit vollem Einsatz und Fleiß die Menschen davon überzeugen, dass ich der Richtige für dieses Amt bin!“, so Heidenreich.

# Neue Fördermodelle 50+: SPÖ und GVV schnüren ein Maßnahmenpaket für ältere ArbeitnehmerInnen!

**D**ie derzeitige Arbeitsmarktlage ist insbesondere für ältere ArbeitnehmerInnen schwierig: Im Jänner 2015 war nahezu ein Drittel (32,8%) der Arbeitslosen über 50 Jahre alt. Angesichts der Wirtschaftsprognosen kann kurz- und mittelfristig nicht mit einem Rückgang gerechnet werden. Das AMS hat für das Jahr 2015 mit der Aktion 50+ ein Sonderprogramm für diese Zielgruppe, das aber mehreren Einschränkungen unterliegt. Die Förderung des AMS wird daher durch ein Förderprogramm des Landes ausgeweitet und ergänzt werden, um die Beschäftigungsperspektiven von älteren ArbeitnehmerInnen substantiell zu erhöhen.

## Gemeinden nehmen ihre soziale Verantwortung ernst

„Gerade die burgenländischen Gemeinden sind bereits in der Vergangenheit ihrer sozialen Verantwortung nachgekommen und haben mit der AMS-Eingliederungshilfe, vor allem für Saisonarbeiter, ältere ArbeitnehmerInnen oder ArbeitnehmerInnen, die es besonders schwer am Arbeitsmarkt haben, beschäftigt“, begrüßt GVV Präsident Erich Trummer die Initiative von Landeshauptmann Hans Niessl und Soziallandesrat Dr. Peter Rezar. Ziel der Initiative sei es auch, Gemeinden die finanzielle Möglichkeit zu bieten, zusätzliche ältere ArbeitnehmerInnen (50+) für das Gemeinwesen zu beschäftigen.

## Zwei Modelle

Mit neuen Fördermodellen für Beschäftigungslose 50+ in den Gemeinden wollen Landeshauptmann Hans Niessl und Soziallandesrat Dr. Peter Rezar in Kooperation mit dem GVV Burgenland entgegensteuern, um die Beschäftigungsperspektiven von älteren ArbeitnehmerInnen substantiell zu erhöhen.

Daher gibt es nun zwei Modelle, die speziell für ältere Arbeitslose über 50 in den Gemeinden greifen sollen. Bei beiden Modellen gibt es einen massiven Zuschuss seitens des Landes. Modell 1 zielt auf eine Verlängerung der Beschäftigungsdauer ab. Um die Beschäftigungsperspektiven von älteren Arbeitslosen (über 50 Jahre) zu erhöhen, wird seitens des Landes die längerfristige Beschäftigung bei Gemeinden und gemeindenahe Einrichtungen gefördert. Diese Förderung ist eine Ergänzung und Ausweitung des vom AMS angebotenen Programms 50+. Modell 2: Um für arbeitslose ältere ArbeitnehmerInnen, die keine Förderung seitens des AMS erhalten, Beschäftigungsmöglichkeiten zu schaffen, sollen seitens des Landes in Kooperation mit den Gemeinden zusätzliche, möglichst längerfristige Arbeitsverhältnisse begründet und finanziert werden (Details siehe Kasten). Die Beschäftigung kann bei den Gemeinden selbst oder bei gemeinnützigen und öffent-

lichen Trägern im Umfeld der Gemeinden erfolgen. Die Tätigkeitsfelder sind weit gefasst: Es sind natürlich der Gartenarbeiter genauso möglich wie Bereiche der Straßenverwaltung, der Mülltrennung, der Gebäudeverwaltung, aber auch die Unterstützung im Büro und bei Serviceleistungen der Gemeinden – z.B. dort, wo es gilt, ältere Mitbürger zu unterstützen.

Die Funktion als Abwicklungsstelle im Land übernimmt die Sozialabteilung im Amt der Bgld. Landesregierung. Seitens der Gemeinden braucht es einen Antrag (vor Einstellung), eine Abrechnung (spätestens 4 Monate nach Beendigung) und als Kostennachweis das Lohnkonto.

Trummer: „Wenn bei 171 Gemeinden im Burgenland jede auch nur eine/n Arbeitslose/n beschäftigt – und die größeren Gemeinden und Städte entsprechend mehr, dann könnte hier ein substantieller Beitrag zur Senkung der Arbeitslosigkeit der Älteren erzielt werden. Mir ist lieber, ältere Menschen können für unser Gemeinwesen ihre Leistung erbringen, statt sie sitzen zu Hause und bekommen ein teures Trostpflaster, das niemand will und niemandem nützt!“ Die burgenländischen Gemeinden beschäftigen 3.200 ArbeitnehmerInnen. Im Jahr 2013 betrug ihre Investitionsleistung 72 Mio Euro.

	Zielsetzung	Zielgruppen	Förderausmaß	Fördervoraussetzungen	Geltungsbereich
Ziel 1	Verlängerung der Beschäftigungsdauer	TeilnehmerInnen an AMS 50+	2/3 der Lohn- und LNK vom AMS 1/3 der Lohn- und LNK für 6 Monate 50% für 7.-12. Monat	Beschäftigung von 8 – 12 Monaten	Gilt für alle burgenländischen Gemeinden
Ziel 2	Schaffung von Beschäftigung	Personen über 50 die a) trotz einer Förderung durch das AMS in den Vorjahren kein Arbeitsverhältnis begründen konnten, oder b) noch nicht 6 Monate arbeitslos vorgemerkt sind, oder c) nur in geringfügigem Ausmaß (weniger als 50% der kollektivvertraglich oder gesetzlich vorgesehenen Arbeitsleistung) beschäftigungsfähig sind.	50% der Lohn- und LNK für 6 – 12 Monate	Beschäftigung von 6 – 12 Monaten	Gilt für alle burgenländischen Gemeinden, für die der Landeshauptmann die Zuständigkeit für Bedarfszuweisungen hat

## Vorwort !



*Mag. Herbert Marhold*

Mag. Herbert Marhold  
Landesgeschäftsführer

### Liebe Gemeindevertreterinnen, liebe Gemeindevertreter!

Jetzt ist die Krise auch bei den Gemeinden angekommen. Das Ergebnis der Zwischenabrechnung, das in der aktuellen Finanzausgleichsperiode mit Ausnahme des Krisenjahres 2009 immer positiv war, wird für das Jahr 2014 gemäß den vorläufigen Zahlen des BMI mit rund 25 bis 30 Millionen Euro negativ ausfallen. Grund ist unter anderem die Eintrübung der Konjunktur, die nicht mehr durch die Abgabeneinnahmen am Ende des Jahres 2014 aufgefangen werden konnten. Somit war die Ende März vom BMF an das jeweilige Land erfolgende Überweisung der März-Vorschüsse bereits um die entsprechenden Anteile an diesem negativen Zwischenabrechnungsbetrag vermindert. Im Burgenland konkret um rund 0,7 Millionen Euro. In Wien sogar um mehr als 7 Millionen Euro. Auch ohne die negative Zwischenabrechnung 2014 sind die aktuellen März-Vorschüsse bereits in zwei Bundesländern gegenüber dem Vergleichsmonat des Vorjahres im Minus - die burgenländischen Gemeinden mit rund minus 1,6 Prozent und die Kärntner Gemeinden mit etwa minus 0,2 Prozent. Die Gemeinden der restlichen Bundesländer liegen noch im Plus.

Spitzenreiter sind die oberösterreichischen Gemeinden mit einem Plus von 3,7 Prozent. Als Gründe für die schwachen März-Vorschüsse sind etwa die Konsumflaute im Weihnachtsgeschäft und damit die rückläufigen Jänner-Einnahmen an Umsatzsteuer sowie die gesunkenen Einnahmen aus der Energieabgabe zu nennen. Die unterschiedlichen länderweisen Ergebnisse resultieren einmal mehr aus den Monat für Monat sehr unterschiedlichen Einnahmen aus der Grunderwerbsteuer, die nach dem länderweisen Aufkommen der gemeindeweisen Verteilung des FAG zugeführt wird. Insgesamt gesehen liegt der Zuwachs der März 2015-Vorschüsse bei den Gemeinden ohne Wien, ebenso wie bei der Bundeshauptstadt bei bescheidenen 2,3 Prozent.

Daher ist klar, dass wir in unseren Gemeinden wichtige Impulse brauchen, damit wir weiter als Konjunkturmotor im ländlichen Raum wirken. Eine substanzielle, wirksame Steuerreform, die den Konsum ankurbelt und damit auch die Steuereinnahmen erhöht, kommt wiederum den Gemeinden zugute, die dann Investitionen tätigen und Arbeitsplätze schaffen und erhalten können, und zwar auch abseits der Ballungsräume.

## LTW 2015: GVV legt den Fokus auf rechtliche Unterstützung

**D**er GVV Burgenland präsentierte sein Programm auf Gemeindeebene für die Landtagswahl am 31. Mai 2015.

Auf der SPÖ-Klubklausur am 19. und 20. Jänner 2015 in Frauenkirchen präsentierten die Nebenorganisationen der SPÖ ihre Maßnahmen zur Unterstützung der Landtagswahlkampagne der SPÖ Burgenland. Der GVV Burgenland wird sich hauptsächlich um die rechtliche Unterstützung kümmern, da bei dieser Landtagswahl mit dem 2. Wahltag und den neuen Bestimmungen zu den Vorzugsstimmen Änderungen vorhanden sind. Außerdem wird es Informationsveranstaltungen und verschiedene Maßnahmen direkt auf kommunaler Ebene geben. Die Landtagswahl im Burgenland findet am 31. Mai 2015 statt. Erster Wahltag ist der 22. Mai 2015.



SPÖ-Klubklausur in Frauenkirchen: Die Landtagswahlen 2015 finden unter neuen rechtlichen Rahmenbedingungen statt. Der GVV Burgenland greift der Landtagswahlkampagne der SPÖ unter die Arme und legt dabei den Fokus auf rechtliche Unterstützung. Foto: GVV Burgenland

## (In) den Gemeinden geht ein Licht auf ...

Burgenland ist nicht nur bei erneuerbarer Wind Energie Vorreiter, sondern auch bei der konsequenten Umstellung der öffentlichen Straßen-Beleuchtung auf energiesparende Led Leuchten. Das im TZ Eisenstadt ansässige Unternehmen DIONS® LIGHT SYSTEMS produziert und vertreibt Innovative Led Leuchten. Europaweit sind bereits über 70.000 Straßen Leuchten erfolgreich im Einsatz.



LED by Innolumis

Innolumis Led Leuchten sind globaler Technologieführer bei der RGB Led Technologie. Dabei wird das Licht aus dem Mix färbiger Led's erzeugt. RGB Led's erzeugen wenig Wärme und sind dadurch extrem langlebig.



Die Innolumis Led Leuchten setzen dabei auf die bei Leuchten seit Jahrzehnten bewährter Spiegel-Reflektor Technik, um eine gleichmäßige Lichtverteilung zu erreichen. Die Hell/Dunkel Muster auf der Straße gehört mit der Innolumis Leuchte somit der Vergangenheit an, vorausgesetzt der Lichtpunktstand liegen nicht extrem weit auseinander. 2014 wurde die Welt Neuheit LENA (LEd NAtrium) präsentiert. Eine Led Leuchte in der bekannten Natrium-Dampf Lichtfarbe (Orange-Gelb). Im Gegensatz zu herkömmlichen Natriumdampf Leuchten mit monochromatisches Licht, wird bei der LENA Leuchte eine hohe Farbwiedergabe von >80 erreicht. Die erzielte Energie-Ersparnis liegt bei ca. 50%.

Nationalrat Bgm. Erwin Preiner:  
„Wie in vielen Gemeinden war auch in Winden am See die Erneuerung der öffentliche Ortsbeleuchtung dringend notwendig. Unsere Zielsetzung war dabei, die Energie- und Wartungs-Kosten zu senken, und gleichzeitig das Lichtniveau anzuheben. Auf Basis einer Erhebung der gesamten elektrischen Anlage sowie der Lichtpunkte, wurde die Umsetzung geplant. Wir haben uns für die INNOLUMIS Led Leuchten der Firma DIONS entschieden, da diese unseren Vorgaben am besten entsprachen. Die Zusammenarbeit und Betreuung durch Herrn GF Klaus Schanta war dabei bestens. Zahlreiche positive Rückmeldungen aus der Bevölkerung zur auffallend neuen Lichtqualität in den Straßen bestätigen unsere Entscheidung für die dieses Produkt. Denn die Investition in die Straßenbeleuchtung ist schließlich für die nächsten 20-30 Jahre, und wir sind unseren Bürgern und Wählern verpflichtet.“

GF Ing. Klaus Schanta: „Das Thema Energiesparende Beleuchtung ist nun auch voll im Innenbereich angekommen. Mit Jahresbeginn 2015 haben wir AURORA® in unser LED Sortiment aufgenommen. Die Aurora Gruppe ist ein global agierender Hersteller von energiesparenden Beleuchtungslösungen basierend auf patentierter Schlüsseltechnologie und bietet ein breites Produktportfolio zu marktüblichen Preisen. Produkte werden unter strengsten Bedingungen getestet um höchsten Internationalen Standards zu entsprechen.“

Herr Schanta sieht speziell in Büros, Gemeindeämtern, Kindergärten und Schulen viel Nachholbedarf. Erste Projekte sind bereits in Realisation.



**AURORA®**



### Einsatzgebiete LENA Lichtfarbe:

In Tourismus-Orten und Gemeinden mit langen Winterperioden, um eine gemütlich warme Lichtstimmung zu erzeugen.

Zur energie-effizienten Erweiterung in Gemeinden mit bereits bestehender Natriumdampf Lichtfarbe. Dadurch KEIN Wechsel der Lichtfarbe!

## Mehr Licht mit weniger Energie!



DIODES for NATURAL SAVING ©



Marktstrasse 3.  
A-7000 Eisenstadt  
Tel. +43 (0)5 9010 6480  
Fax. +43 (0)5 9010 6481  
Email: [contact@dions.eu](mailto:contact@dions.eu)



FUZO Eisenstadt: Kovacs und Visak sehen akuten Handlungsbedarf Foto: SPÖ

## Fuzo attraktivieren

Harsche Kritik an der Entwicklung der Eisenstädter Fußgängerzone üben Eisenstadts Vzbgm. Günter Kovacs und Stadträtin Renée Wisak.

Einst sei die FUZO ein landesweites Vorzeigeprojekt und das geschäftige Zentrum der Landeshauptstadt gewesen, nun klaffen „unübersehbare Lücken in der Geschäftszeile, nichts ist los, was das soziale Leben betrifft, weder am Tag noch in den Abendstunden“, so der Tenor. Die Fußgängerzone sei einfach nicht mehr attraktiv genug für Geschäftsleute, Gastronomen, einkaufswillige Leute, die einfach nur bummeln oder etwas essen, trinken, sich unterhalten wollen. Gasthöfe und Geschäfte sperren zu oder wandern ab. „Man muss die Fußgängerzone wieder für alle attraktiver machen“, fordert Kovacs, „zum Beispiel kein Entgelt für Werbung vor dem eigenen Geschäft, Parkerleichterungen für Einkaufswillige, Unterstützung für Unternehmen, wenn sie sich in der Fuzo ansiedeln wollen, ein Öffi-System, das die Leute in die Stadt bringt, ein Bonus bei Leistungen der Gemeinde, wenn man in der Stadt einkauft, mehr Angebot für Familien, Spielplätze usw...“. Am Stadtrand entstanden in den letzten Jahren immer mehr Shopping-Center, dadurch geht viel Kaufkraft in der Innenstadt verloren. Immer mehr Geschäftslokale stehen leer. Die SPÖ beschäftigt sich seit Jahren mit dem Thema, hat auch entsprechende Anträge im Gemeinderat gestellt.

„Fakt ist, dass unsere Innenstadt immer mehr ausstirbt und nichts dagegen unternommen wird. Große Betreiber wie Burger King werden mit offenen Armen empfangen und unterstützt, doch auf die Gastronomen und Geschäfte in der Stadt vergisst man scheinbar ganz. Wir werden beim nächsten Gemeinderat die Problematik der Innenstadt thematisieren, um Steiner und seine Partei wachzurütteln.“ so Vzbgm. Günter Kovacs und Stadträtin Renée Maria Wisak unisono.

## Der GVV „schärft“ sein Service deutlich Homepage und Werkzeugkoffer sind jetzt

**N**och mehr Service für die Gemeinden – wie schon bisher, steht auch der jüngste Innovationsschub des GVV Burgenland unter diesem Motto. Die GVV-Homepage ist nun fit für mobile Endgeräte, das bedeutet, dass alle Inhalte der Homepage nun auch via Smartphones und Tablets genutzt werden können. Sie zeigt sich darüber hinaus in einem neuen Design – das gilt auch für Billets und andere Drucksorten. „Unser Serviceangebot für Gemeinden, Gemeindemandatarinnen und Gemeindemandatare ist noch benutzerfreundlicher. Mit diesem Innovationssprung sind wir Vorreiter in Österreich“, freut sich GVV Präsident Erich Trummer.

Vor über 10 Jahren hat der GVV Burgenland erstmals die burgenländische Gemeindeordnung digitalisiert in Form einer CD-ROM allen Mandatarinnen und Mandataren auf kommunaler Ebene zur Verfügung gestellt. Seitdem ist natürlich viel passiert. Es wurde nicht nur die Gemeindeordnung mehrfach novelliert, es gab natürlich auch eine Revolution im Nutzungsverhalten. Heute sind das Arbeiten auf dem PC, Tablet oder Smartphone Selbstverständlichkeiten. Dies hat auch Einzug in die Gemeindestuben gehalten.

Der GVV Burgenland hat deshalb diese Idee der digitalen Gemeindeordnung weiterentwickelt und den „Kommunalen Werkzeugkoffer“ mehrfach angepasst. 2010 wurde im Zuge der Neugestaltung der Homepage der Werkzeugkoffer auf die Homepage gestellt



Den „Kommunalen Werkzeugkoffer“ ist nun auch per Handy auf [www.gvbgld.at](http://www.gvbgld.at) voll nutzbar Fotos: GVV Burgenland

und 2012 nochmals völlig neu überarbeitet und noch benutzerfreundlicher gemacht. Damit waren wir Vorreiter in ganz Österreich.

„Diesen Innovationsvorsprung wollen wir weiter ausbauen und setzen daher jetzt den nächsten Schritt. Unsere neue Homepage bietet nun die Möglichkeit, dass ALLE Inhalte in vollem Umfang auch via Tablet und Smartphone genutzt werden können. Daher ist es nun möglich, auch den vollen Inhalt des ‚Kommunalen Werkzeugkoffers‘ via mobiler Endgeräte zu nutzen. „Damit kann man



Flexibel nutzbar, flottes Design: GVV Präsident Erich Trummer präsentiert mit Landesgeschäftsführer Mag. Herbert Marhold und DI (FH) Hannes Schmid (Firma gitgo) das neue Design und die neuen Angebote

## nach, Homepage in neuem Design: fit für Tablets und Smartphones

beispielsweise sehr leicht in oder kurz vor einer Gemeinderatssitzung auf den Inhalt des Werkzeugkoffers via Smartphone zugreifen und sich in Echtzeit informieren, was man darf oder nicht darf, ob die Aussage des Bürgermeisters korrekt ist, oder nicht usw...“, erklärt Trummer.

Damit so viele Mandatarinnen und Mandatare wie möglich dieses Angebot nutzen, wurden bereits die jeweils persönlichen Zugangsdaten per Brief zugestellt.



Die GVV-Homepage wurde an moderne Anforderungen angepasst

Den „Kommunalen Werkzeugkoffer“ findet man unter [www.gvvgld.at](http://www.gvvgld.at).



WIR FREUEN  
UNS MIT EUCH



DIE BESTEN  
GLÜCKWÜNSCHE



FROHE  
WEIHNACHTEN

Drucksorten, zum Beispiel Billets für viele Anlässe, wurden neu gestaltet Fotos :GVV

## „No alc but cocktail“ - 150 Euro Förderung

Das Land Burgenland baut seine Aktivitäten zum Schutz der Jugend bei Veranstaltungen und Festen weiter aus. Mit der Förderaktion „No alc but cocktail“ unterstützt das Land Burgenland Organisatoren von Festen und Veranstaltungen bei Einrichtung einer alkoholfreien Cocktailbar. Für den Ankauf von Zutaten, die für das Mixen von vorgegebenen Cocktails, Punsch und Sirups erforderlich sind, wird ein Förderbetrag bis maximal 150 Euro gewährt.

Die für die Abwicklung zuständige Abteilung 6 – Referat Familie und Konsumentenschutz stellt darüber hinaus ein „No alc but cocktail“-Zelt zur Einrichtung der Bar (samt Aufbauanleitung) oder ein „No alc but cocktail“-Plakat, Rezepte für acht alkoholfreie Getränke sowie eine Einkaufsliste und ein Preisliste-Plakat zur Verfügung.

GVV Präsident Erich Trummer unterstützt diese Förderaktion zur Alkoholprävention: „Bürgermeisterinnen und Bürgermeister sollten Veranstalter, insbesondere Vereine, über diese Förderaktion informieren.“

Anmeldung und weitere Informationen unter der Telefonnummer 02682/600-2536 oder per E-mail unter [post.familie-konsumentenschutz@bgld.gv.at](mailto:post.familie-konsumentenschutz@bgld.gv.at).

## EDV Services für die Gemeinden und Städte

Das Erste Burgenländische Rechenzentrum (EBRZ) bietet EDV-Services für die burgenländischen Gemeinden an. Auf Basis der neuen (erhöhten) Internet-Bandbreite (von 16/6 Mbps) im Gemeindefachnetz ist es möglich, Dienste wie z. B. Datensicherung und Client-Virtualisierung in den Gemeinden umzusetzen.

Es werden folgende Leistungen erbracht: Betrieb des burgenländischen Gemeindefachnetzwerkes, Netzwerk-Betreuung, Server-Betrieb, Datensicherung, Bereitstellung von Festplattenkapazität, Massendruck inklusive Druckvorbereitung/Drucknachbearbeitung, IT-Sicherheit, u.v.m.

Ansprechpartner: Mag.(FH) Rudolf IVANCSITS, Telefon: +43 (0) 57 600 2944, Mobil: +43 (0) 660 4136050, eMail: [rudolf.ivancsits@bgld.gv.at](mailto:rudolf.ivancsits@bgld.gv.at)

Amt der Burgenländischen Landesregierung – LAD Stabsstelle Raumordnung – Referat GIS-Koordination

Im Rahmen der Ferienbetreuung werden Unterstützungen von Kindern von drei bis dreizehn Jahren gewährt. Anbieter der Aktion „Ferien zu Hause“ sind die Kinderfreunde Burgenland. Im Bild: GVV Präsident Erich Trummer und Familienlandesrätin Verena Dunst mit den Kinderfreunde Burgenland-Verantwortlichen Krystyna Sowula, zuständige Geschäftsführerin für kreative Freizeitgestaltung/Spielbus, Alexandra Bayer, Landesgeschäftsführerin der Kinderfreunde Burgenland und Kinderfreunde Burgenland-Vorstand Andreas Posch.

Foto: SPÖ



## Ferienkinderbetreuung der Kinderfreunde: Das Land fördert Ferienprojekte für 3- bis 13-Jährige in den Gemeinden

**A**uch heuer gibt es für Gemeinden und Vereine wieder die Möglichkeit, Ferienbetreuungsaktionen über das Land gefördert zu bekommen. Anbieter für die Ferienprojekte sind die Kinderfreunde Burgenland.

„Mit dieser Richtlinie setzen wir eine weitere Maßnahme, die eine spürbare Entlastung für die Eltern bedeutet – finanziell wie auch organisatorisch“, stellt Dunst fest. Sie sieht darin einen wichtigen Schritt und eine wesentliche Verbesserung für die Vereinbarkeit von Beruf und Familie und einen weiteren Meilenstein in der burgenländischen Familienpolitik. Anbieter der Aktion „Ferien zu Hause“ sind die Kinderfreunde Burgenland.

### **Gefördert werden auch Gemeinden, die Ferienbetreuung anbieten**

„Gefördert werden Gemeinden und Vereine, die eine Ferienbetreuung im Burgenland anbieten. Die Richtlinie gilt für alle Ferien, wenn an mindestens vier aufeinanderfolgenden Arbeitstagen eine Ferienbetreuungsaktion angeboten wird, wobei die Betreuung von 8 bis 15 Uhr gewährleistet sein muss“, betont Trummer. „Bevorzugt werden berufstätige Eltern und AlleinerzieherInnen“, ergänzt die Familienlandesrätin. Es handelt sich dabei um eine Abgangsförderung, und diese beträgt höchstens 350 Euro pro vier Tage und höchstens 450 Euro bei einer gemeindeübergreifenden Ferienaktion, bei der

mindestens drei Kinder aus einer anderen als der Veranstaltungsgemeinde beteiligt sind.

### **Ziel ist ein leistbares Angebot für burgenländische Familien**

Die Unterstützung wird für die Betreuung von Kindern von 3 bis 13 Jahren gewährt, in einer Gruppe von mindestens 5 bis maximal 25 Kinder. Voraussetzung ist weiters ein Hauptwohnsitz im Burgenland. Vorrangiges Ziel ist, ein leistbares Ferienbetreuungsangebot für burgenländische Familien zur Verfügung zu stellen.

### **Jetzt informieren und einen Antrag auf Ferienbetreuung stellen!**

Information und Anträge: Förderanträge und weitere Informationen zur neuen Betreuungsrichtlinie sind beim Familienreferat des Landes Burgenland unter der Telefonnummer 057 600 2663 oder auf [www.familienland-bgld.at](http://www.familienland-bgld.at) erhältlich.

Infos auch bei: Kinderfreunde Burgenland, Tel. +43-664-1336325, [andreas.posch@bgld.kinderfreunde.at](mailto:andreas.posch@bgld.kinderfreunde.at), [www.bgld.kinderfreunde.at](http://www.bgld.kinderfreunde.at).

## Veranstaltung!

Landeshauptmann Hans Niessl lädt zum großen Burgenlandfest

Samstag, 11. April 2015  
Messehalle der INFORM, Oberwart  
Einlass ab 13 Uhr  
Programmbeginn: 14 Uhr

Musikalisches Programm mit:  
Waterloo, Nina Stern, Die Edlseer,  
Udo Wenders

„Diese Steuerentlastung ist unser gemeinsamer Erfolg. Den Menschen bleibt mehr Netto vom Brutto. Das gibt uns auch Rückenwind für die Landtagswahl!“, so Niessl beim Landesparteirat.

Foto: SPÖ



## Steuerreform: SPÖ hat sich bei der Entlastung durchgesetzt!

**L**H Niessl: „90 % der 5 Milliarden Euro Entlastung gehen an kleine und mittlere Einkommen. Das trage ich mit!“

Landeshauptmann Hans Niessl und die SPÖ Burgenland waren die Ersten, die eine Steuerentlastung für die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer gefordert haben. Jetzt liegt die Einigung der Bundesregierung auf dem Tisch: Der Mittelstand soll mit 5 Milliarden Euro entlastet werden. „Davon gehen 90 % an kleine und mittlere Einkommen. Das sind durchschnittlich 1.000 Euro pro Arbeitnehmerin und Arbeitnehmer. Auch Kleinstverdienerinnen und Kleinstverdiener, Pensionistinnen und Pensionisten profitieren über die Negativsteuer. Bei dieser Entlastung hat sich die SPÖ durchgesetzt. Das trage ich mit!“, meint der Landeshauptmann. Die Steuerentlastung soll mit 1.1.2016 in Kraft treten. Der Landeshauptmann und die SPÖ Burgenland hätten sich natürlich die Millionärssteuer gewünscht. „Diese Steu-

erreform ist natürlich ein Kompromiss. Zumindest konnte aber eine Millionärssteuer-light umgesetzt werden – gegen den Widerstand der ÖVP, die weiterhin die Millionäre schützt!“, so Niessl.

Diese Millionärssteuer-light beinhaltet den verstärkten Kampf gegen Steuerbetrug, die Erhöhung der Kapitalertragssteuer auf Dividenden und Wertpapierspekulationen, die Anhebung der Immobilienspekulationssteuer für Zweit- und Drittwohnsitze. Außerdem wird die Besteuerung beim Erben und Schenken von Grundstücken und Immobilien ab einem Wert von 300.000 Euro auf 3,5 % erhöht. Die restliche Gegenfinanzierung soll über eine Ausgabenbremse in der Verwaltung sowie durch Selbstfinanzierung über das Wirtschaftswachstum erfolgen. Neben den Gewerkschaften hatte auch die SPÖ Burgenland intensiv Unterschriften für die Steuerentlastung gesammelt und sich durchgesetzt.

### Die ArbeitnehmerInnen profitieren von der Steuerreform

- Bei kleinen und mittleren Einkommen wurden die Steuersätze teilweise halbiert.
- Die Forderung nach Vermögensteuern bleibt auf der Agenda der Sozialdemokratie.
- Die vereinbarten 350 Millionen Euro Vermögenszuwachssteuern ergeben in Summe mit bereits in der Vergangenheit beschlossenen Maßnahmen über eine Milliarde Euro.
- Die Betrugsbekämpfung macht mit 1,9 Milliarden Euro den größten Bestandteil der Gegenfinanzierung aus.
- Ein zentrales Kontenregister werde bei der Betrugsbekämpfung hilfreich

sein, wie das auch von der EU empfohlen wird.

- Für die Einsparungen im Zuge der Verwaltungsreform werde eine Arbeitsgruppe eingesetzt, die den Stand der Umsetzungen der Forderungen des Rechnungshofes und der Reformen des Bundes sondiert.
- Zu etwaigen Änderungen des Pakets unterstreicht Bundeskanzler Faymann, dass es bereits ein sehr präzises Ergebnis gebe. „In den großen Linien ändert sich nichts.“ Bei Härtefällen oder dort, wo die Details noch nicht festgelegt sind, weil die Gesetze erst zu schaffen sind, werde gemeinsam vorgegangen.

## Kommentar



LABg. Robert Hergovich  
SPÖ Landesgeschäftsführer

Wiener Neustadt hat es vorgemacht: Wenn es eine Mehrheit gegen die Sozialdemokratie gibt, dann finden wir uns möglicherweise in der Opposition wieder! ÖVP-Chef Steindl hat es gesagt: Er ist in die Politik gegangen, um Landeshauptmann zu werden. Er ist auch bereit eine Dreierkoalition einzugehen. Er meint, der Landtag wählt den Landeshauptmann – nicht das Volk.

Wir liegen derzeit in Umfragen noch mit wenigen Stimmen Absicherung bei 18 Mandaten, also genau der Hälfte aller Mandate im burgenländischen Landtag. Bei 19 Mandaten gibt es sozialdemokratische Politik ohne Kompromisse. Mit 18 Mandaten kann es keine Mehrheit gegen die Sozialdemokratie geben. Aber 17 Mandate bedeuten nach der Abschaffung des Proporzes möglicherweise: Kein sozialdemokratischer Landeshauptmann, keine sozialdemokratischen Regierungsmitglieder – sondern Schwarz-Blau mit vielleicht grünen Helfern.

Was es für eine sozialdemokratische Gemeinde heißt, zu einem ÖVP-Landeshauptmann pilgern zu müssen, sehen wir in Niederösterreich: Dort erhalten SPÖ-Gemeinden pro GemeindebürgerIn um 100 Euro weniger Gemeindeförderung und um 27 Euro weniger Bedarfszuweisungen pro Jahr.

Landeshauptmann Hans Niessl ist in die Politik gegangen, um den Menschen zu helfen. Er ist ein verlässlicher Partner der burgenländischen Gemeinden. Das ist der Unterschied zwischen Hans Niessl und seinen politischen Gegnern. Deshalb müssen wir alles daran setzen, damit Hans Niessl Landeshauptmann bleibt und es keine Mehrheit gegen die Sozialdemokratie gibt. Am 31. Mai geht es um alles!



Bei den Kinderbetreuungsquoten liegt das Burgenland im österreichweiten Spitzenfeld: LR Verena Dunst, Kinder aus dem KG Neufeld, GVV Präsident Erich Trummer

Foto: GVV Burgenland

## Land und Gemeinden gehen Hand in Hand beim Ausbau der Kinderbetreuung im Burgenland

**A**nfang Februar zog Familienlandesrätin Verena Dunst gemeinsam mit GVV-Präsident LAbg. Bgm. Erich Trummer im Rahmen einer Pressekonferenz im Kindergarten in Neufeld/Leitha eine positive Bilanz über die Zusammenarbeit von Gemeinden und dem Land Burgenland. Das Burgenland hat in der Familienpolitik in vielen Bereichen eine Vorreiterrolle inne. Vor allem bei den Kinderbetreuungsquoten liegen wir im österreichweiten Spitzenfeld. Land und Gemeinden haben es gemeinsam geschafft, im Burgenland ein sehr gutes Betreuungsangebot zu entwickeln.

Kinderkrippe und Kindergarten sind als erste Bildungseinrichtung wichtig und wegweisend für die Zukunft der jungen Burgenländerinnen und Burgenländer. „Eine gute Familienpolitik bedeutet für uns, dass burgenländische Familien bestmöglich unterstützt und Förderungen bedarfsgerecht und zukunftsorientiert eingesetzt werden, sodass Eltern und Kinder gleichermaßen profitieren“, so Dunst und Trummer. In den letzten zehn Jahren konnte die Kinderbetreuung im Burgenland durch gemeinsame Anstrengungen der Gemeinden und des Landes enorm weiterentwickelt werden. „Im Jahr 2000 hatten wir im Burgenland bei den Unter-Dreijährigen eine Betreuungsquote von 8,8 Prozent.

Heute liegen wir bei 31,3 Prozent. Das ist eine bemerkenswerte Steigerung“, betont Trummer. Absoluter Spitzenreiter ist das Burgenland – trotz ländlicher Strukturen – bei der Betreuung der Drei- bis Fünfjährigen mit 100% Betreuungsquote. Parallel dazu konnte auch die Frauenerwerbsquote deutlich verbessert werden. Vor allem seit Einführung der Kinderbetreuungsförderung ist ein enormer Anstieg bei der Kinderbetreuung zu verzeichnen. Seit dem Jahr 2009 hat das Land über 23 Millionen Euro in Form von Kinderbetreuungsförderungen direkt in die burgenländischen Familien investiert. Trummer: „Die Zufriedenheit mit unseren Leistungen für die Bevölkerung ist im Burgenland – laut bundesweiter Gallup-Umfrage – durchwegs hoch. Bei den Kinderbetreuungs- und Bildungseinrichtungen sogar am höchsten.“

Mit der Betreuung der 0 - 2,5 jährigen Kinder sind 56% der burgenländischen Befragten sehr zufrieden bis zufrieden. „Wir im Osten Österreichs sind hier laut Umfrage an 1. Stelle, gefolgt von Wien, Niederösterreich und der Steiermark“, erklärt Trummer. Bei den 2,5 bis 6 jährigen Kindern sind 67% der Befragten sehr zufrieden bis zufrieden. Dieses Ergebnis ändert sich auch bei der Betreuung der Kinder bis zum 16. Lebensjahr

nur marginal. „Ein Schwerpunkt in den kommenden Jahren muss der weitere Ausbau der Kleinkindbetreuung sein“, erklärt Dunst. Dabei denkt die Familienlandesrätin vor allem an den Ausbau von gemeindeübergreifenden Kinderkrippen. „Die Kosten für die dafür notwendigen baulichen Maßnahmen und für das Personal werden Land und Gemeinden alleine nicht stemmen können, hier braucht es eine Offensive, die vom Bund mitgetragen und mitfinanziert wird“, so Trummer.

Auch der Ausbau der schulischen Nachmittagsbetreuung bzw. Ganztagschule hat weiter Priorität. In diesem Bereich ist in den letzten Jahren sehr viel passiert. Der Bedarf steigt aber immer weiter an. Hier stehen wir auch vor einem räumlichen Problem, das wir lösen müssen. Dunst und Trummer sind sich einig: „Wir brauchen eine klare Lösung, nämlich die Einführung der Ganztagschule!“ Dunst abschließend: „Ich sehe ein 2. verpflichtendes Kindergartenjahr für alle Kinder als eine gute Investition in die Zukunft und Chancen der Kleinsten.“

GVV-Präsident Trummer: „Wir werden in den Gemeinden unseren Teil erfüllen, um das Angebot im Bereich der Kinderbetreuung weiter auf einem hohen Level zu halten und wenn geht, noch weiter auszubauen!“



Bei einem kurzen Arbeitsbesuch des GVV Burgenland Mitte Jänner in Graz beim GVV Steiermark wurden weitere Kooperationen und Synergien zwischen den Verbänden besprochen. Thema war auch die steirische Strukturreform und die sich daraus ergebenden Änderungen im Mitgliedsgefüge des GVV Steiermark sowie die Wahlvorbereitungen in beiden Verbänden. Im Burgenland zu der im Mai stattfindenden Landtagswahl und in der Steiermark für die kommende Gemeinderatswahl im März und die Landtagswahl im Herbst 2015. GVV Steiermark LGF Günter Pirker wurde dabei gleich zu einem Gegenbesuch in Eisenstadt eingeladen, bei dem er im Mai oder Juni zu den Erfahrungen bei der Kommunalwahl in der Steiermark referieren wird.

Foto: GVV Burgenland

## WK-Wahl: Plus 18 Mandate für den SWV

Die Sozialdemokratie kann auch bei der zweiten burgenländischen Wahl im Landtagswahljahr einen Wahlerfolg verbuchen: Der Sozialdemokratische Wirtschaftsverband Burgenland (SWV) konnte bei der Wirtschaftskammerwahl insbesondere seine Mandatsstärke deutlich ausbauen und legte um 0,31 % oder 18 Mandate zu. „Der SWV Burgenland wird damit voraussichtlich wieder das zweitbeste Landesgruppenergebnis aller Bundesländer erringen können. Ich gratuliere SWV-Präsident KommR Oswald Hackl und seinem Team zu diesem Wahlsieg“, sagt Landeshauptmann Hans Niessl. Wehrmutstropfen bei der WK-Wahl sei jedoch die niedrige Wahlbeteiligung, meint SPÖ-Landesgeschäftsführer LAbg. Robert Hergovich: „Die schweigende Mehrheit der Wählerinnen und Wähler ist daheimgeblieben: Die größte Fraktion bei dieser Wirtschaftskammerwahl waren die Nichtwähler. Das zeugt vom großen Reformbedarf in der Wirtschaftskammer und sollte dem ÖVP-Wirtschaftsbund zu denken geben!“



## Partner Bonus sichern.

Werden Sie jetzt ein Jahr Partner der Energie Burgenland und sparen Sie bis zu 10% Energiekosten bei Strom und Erdgas.

Jetzt 10%  
Energiekosten  
sparen.

Info unter 0800 888 9000 oder [www.energieburgenland.at](http://www.energieburgenland.at)  
Aktion gültig vom 16. März bis zum 31. Mai 2015.



## Seminare zur LTW 2015

Der GVV Burgenland wird – als Vorbereitung für die Gemeinden – 3 Schwerpunktveranstaltungen zur Landtagswahl 2015 abhalten. Gemeinsam mit unseren vortragenden Amtsmännern werden auch Juristinnen der Gemeindeabteilung des Landes versuchen, die Neuerungen der Landtagswahlordnung den Mandatarinnen und Mandataren auf Gemeindeebene näher zu bringen.

Wer darf wählen? Wie sind die Wahlkommissionen zusammensetzen? Wie sieht es mit dem vorgezogenen Wahltag aus? Welcher Stimmzettel ist gültig und welcher ungültig? Das sind nur einige Fragestellungen, die im Rahmen dieser Veranstaltungen erklärt und aufgearbeitet werden.

Die Veranstaltungen werden von der KO-PAK organisiert und bezahlt und sind daher für die Teilnehmerinnen aus den Gemeinden kostenlos.

Anmeldungen bitte unter [claudia.schlag@spoe.at](mailto:claudia.schlag@spoe.at)

## Termine!

### Seminartermine LT-Wahl

Bezirke Neusiedl/Eisenstadt Umgebung:  
14.4.2015, 18.30 Uhr, Karlwirt, Winden

Bezirke Jennersdorf/Güssing/Oberwart:  
15.4.2015, 18.30 Uhr, Landgasthof Novosel, Stegersbach

Bezirke Oberpullendorf/Mattersburg:  
21.4.2015, 18.30 Uhr, Gasthof Fuchs, Weppersdorf



*E-Government nimmt im Berufsalltag einen immer wichtigeren Stellenwert ein – vor allem im öffentlichen Bereich. Darüber diskutierten u.a. Landesrat Helmut Bieler und Staatssekretärin Sonja Stessl*

Foto: Akademie Burgenland

## E-Government – neue, zukunftsweisende Form von Arbeiten in Gemeinden

**Um die burgenländischen Gemeindebediensteten für das Thema E-Government zu sensibilisieren und Bewusstsein für dessen Wichtigkeit zu schaffen, lud die Akademie Burgenland in Kooperation mit der Verwaltungsakademie des Bundes/Bundeskanzleramt zur Veranstaltung „Bürgernah.Modern.Sicher“ ein.**

Durch hochkarätige Gäste, darunter Staatssekretärin Mag. Sonja Steßl, LH-Stv. Mag. Franz Steindl, Landesrat Helmut Bieler, Sektionschef Dr. Manfred Matzka und Landesamtsdirektor WHR Dr. Robert Tauber wurde das Thema von mehreren Seiten beleuchtet.

Da E-Government künftig immer wichtiger wird und es vor allem in Gemeinden bei vielen Agenden nicht mehr wegzudenken ist, muss es auch von den Mitarbeitern richtig angewendet werden können. Aus diesem Grund startete die Akademie Burgenland im Jänner 2015 in Kooperation mit der Verwaltungsakademie des Bundes/Bundeskanzleramt eine Seminarreihe, in der die wichtigsten E-Government-Anwendungen geschult werden.

Um zu erfahren, inwieweit bereits Wissen zum Thema „E-Government“ vorhanden ist, gab die Akademie Burgenland im Vorfeld eine Studie in Auftrag, die von der Fachhochschule Burgenland durchgeführt wurde. Ziel war es herauszufinden, wie die burgenländischen Gemeindemitarbeiter E-Government wahrnehmen, in welchen Bereichen sie sich bereits gut informiert fühlen und wo ihrer Meinung nach noch Aufhol- bzw. Ausbaupotenzial besteht. Die Ergebnisse, die im Rahmen der Veranstaltung präsentiert wurden, zeigen, dass die burgenländischen Gemeindebediensteten zwar wissen, dass E-Government eine wesentliche Arbeitserleichterung darstellt, nach Selbsteinschätzung der eigene Wissensstand aber lediglich als „befriedigend“ eingeschätzt wird. Das bedeutet, dass in diesem Zusammenhang Handlungs- und Aufholbedarf besteht. Genau hier setzt die Akademie Burgenland an und wird die Kompetenzen der Gemeindemitarbeiter durch Basis- und Spezialschulungen steigern, sodass sie sich im täglichen Umgang mit den verschiedenen Anwendungen satteftest und sicher fühlen.

## Neuregelung bei der Eingabegebühr

**Seit 1. Februar 2015 sind bei Eingaben an die Verwaltungsgerichte der Länder Pauschalgebühren zu entrichten sind. So sind für Beschwerden gegen Bescheide, die ein Bescheiddatum nach dem 31.01.2015 aufweisen, zukünftig 30 Euro und für Vorlageanträge 15 Euro zu entrichten.**

Fällig werden die Gebühren künftig nicht erst bei Erledigung des Antrages bzw. der Beschwerde, sondern

bereits im Zeitpunkt der Eingabe.

Nachdem Gemeinden für Vorlageanträge sowie für Beschwerden gegen letztinstanzliche (Berufungs-)Bescheide des Bürgermeisters oder des Gemeinderates Einlaufstelle sind, trifft mit 1. Februar 2015 die Gemeinden die Prüf- und Informationspflicht hinsichtlich der Entrichtung der Gebühren für Eingaben an das Landesverwaltungsgericht.

## Netzausbau !

### Die Gemeinde trägt nur ein einmaliges Entgelt

Einmaliges Entgelt inkl. anteilige Projekt-Investitionskosten je Gemeindeamt: EUR 2.000,00 exkl. Ust (EUR 2.400,00 inkl. Ust). Die Verrechnung dieser Einmalpauschale erfolgt direkt mit der jeweiligen Gemeinde.

Es besteht bei Bedarf die Option, die Bandbreite in einzelnen Gemeindeämtern zusätzlich zu erhöhen. Hierfür ist eine Anfrage an kabelplus zu stellen.

#### Ansprechpartner bei kabelplus:

Alexander Vlasits, MSc  
Tel. / Dw. 050514-13844  
e-mail business@kabelplus.co.at

## GEMEINDENETZWERK – nach GVV-Initiative wird Bandbreite erweitert

Die Burgenländische Landesregierung hat nach Initiative des GVV Burgenland beschlossen, den Ausbau des Gemeindenetzes zu beauftragen. Konkret wird die Anbindungs-Bandbreite je Gemeindeamt von derzeit 2048/2048 kbit/s auf bis zu 16384/6144 kbit/s erweitert. Ziel ist es, bis Ende 3. Quartal 2015 allen burgenländischen Gemeinden die erhöhte Bandbreite zur Verfügung zu stellen.

Die Anbindungen der einzelnen Gemeindeämter erfolgen weiterhin über Funk, Koax-, Kupfer- oder Glasfaserkabel. Um diese erhöhten Bandbreiten zur Verfügung stellen zu können, wird die Netz- und Hardwareinfrastruktur von kabelplus erweitert und in neue Funksender sowie Koaxnetz-Ausbauten investiert. Ferner werden in allen Gemeindeämtern neue Endgeräte (Router) installiert, sowie die Netzkonfiguration Richtung MPLS-VPN geändert. Vor Aufnahme der Umbau- und Installationsar-

beiten in den Gemeinden erfolgt eine entsprechende Information seitens kabelplus. Für nähere Auskünfte steht auch das EBRZ gerne zur Verfügung.

#### Bund: Sonderrichtlinien zum Masterplan Breitbandförderung

Bis Jahresende stehen österreichweit 300 Millionen Euro für die Breitbandinfrastruktur-offensive des Bundes zur Verfügung. Dabei werden die notwendigen Modernisierungen bestehender Infrastruktur und die Erweiterung der Netze gefördert. Außerdem können Gemeinden bei Leerverrohrungsprojekten auf Förderungen zurückgreifen. „Die Ausschreibungen für das Leerverrohrungsprogramm der Gemeinden sollen bereits im Mai starten. Das ist ein weiterer wichtiger Etappenerfolg für uns. Wir wollen, dass ab 2019 alle BurgenländerInnen mit leistungsfähigem Breitband-Internet versorgt sind“, sagt SPÖ-Klubobmann Christian Illredits.

## Bürgermeister/innen Seminar

### SEMINAR GESUNDHEITSFÖRDERUNG FÜR BÜRGERMEISTER/INNEN UND AMTSLEITER/INNEN

Um die eigenen Ressourcen zu stärken und um gesundheitsförderliche Strukturen in der Gemeinde/Stadt zu unterstützen, gestaltet der Fonds Gesundes Österreich gemeinsam mit dem Gemeindebund ein Seminar, das den Bedürfnissen der Bürgermeister/innen bzw. Amtsleiter/innen in klarer und kompakter Form entspricht. Es bildet eine wesentliche Grundlage für die Umsetzung der Gesundheitsförderung in der Gemeinde/Stadt und ermöglicht den Teilnehmer/innen auch einen kritischen Blick auf ihre eigene Gesundheit.

#### Zielgruppe:

- Bürgermeister/innen
- Vizebürgermeister/innen
- Ortsvorsteher/innen
- Amtsleiter/innen

**Gruppengröße:** 6 – 20 Personen

**Seminardauer:** 3 Tage

#### Seminar:

- Grundlagen der Gesundheitsförderung
- Gesundheitsförderung in der Gemeinde lebbar machen
- Projektmanagement, Fördermanagement
- Lebensqualität und Gemeindeentwicklung
- Ressourcenfindung
- Ernährung
- Bewegung
- Wohlbefinden und Leistungsfähigkeit

#### Ziel:

Dieses Seminar soll Grundlagen der kommunalen Gesundheitsförderung in Theorie und Praxis vermitteln und gibt die Möglichkeit zu einer kritischen Reflexion des eigenen Umgangs mit Gesundheit und des persönlichen Gesundheitszustandes.

#### Termin:

23.-25.04.2015  
Burgenland, Stegersbach  
Hotel Larimar\*\*\*\*  
Anmeldeschluß: 2.4.2015

#### Information und Anmeldung:

petra.gajjar@goeg.at  
01/895 04 00-12  
<https://weiterbildungsdatenbank.fgoe.org>



Fonds Gesundes Österreich



Österreichischer Gemeindebund



## Energieeffizienz wird von der EU gefördert

Die ELENA-Fazilität unterstützt im Rahmen des Programms „Intelligente Energie – Europa II“ lokale und regionale Gebietskörperschaften, ihren Beitrag zur Umsetzung der „20-20-20“-Initiative der Europäischen Union zu leisten. Ziel ist die Minderung von Treibhausgasemissionen um mindestens 20 % und/oder die Steigerung des Anteils an erneuerbaren Energien am Energieverbrauch auf mindestens 20 % und/oder die Verbesserung von Energieeffizienz um mindestens 20 %. Dazu stehen Fördermittel zur Verfügung.

Die Erste Bank und die Sparkassen sind in Zusammenarbeit mit der deutschen KfW (Kreditanstalt für Wiederaufbau) die Partner für die Vergabe dieser EU-Fördermittel in Österreich. Die Förderung erfolgt als nicht rückzahlbarer Zuschuss in Verbindung mit einer Finanzierungszusage durch die Erste Bank oder Sparkasse für das zugrunde liegende Investitionsprojekt. Der nicht rückzahlbare Zuschuss dient der Bezahlung externer BeraterInnen, welche die Vorbereitung und Durchführung einer Investition (z. B. durch Machbarkeitsstudien) ermöglichen. Aus dem ELENA-Zuschuss können 90 % der Kosten für oben genannte Beratungsleistungen bis zu einer Höhe von max. 5 % der Gesamtprojekt-Investitionssumme bezahlt werden. Die Auszahlung der Förderung erfolgt nach Vorlage der entsprechenden Rechnungen. Der Antrag auf einen Zuschuss ist immer mit einem Antrag auf die Finanzierung des Investitionsprojekts verbunden. Es müssen mindestens 50 % der Gesamtinvestitionssumme über eine Finanzierung bei der Erste Bank bzw. den Sparkassen abgedeckt werden.

Antragsberechtigt sind lokale und regionale Gebietskörperschaften (Gemeinden, Gemeindeverband, ausgegliederte Unternehmen), Zusammenschlüsse von Gebietskörperschaften und öffentliche Einrichtungen, die im öffentlichen Auftrag tätig und zumindest teilweise aus öffentlichen Quellen finanziert sind.

## GVV: Eine Reform der Grundsteuer ist seit Jahren überfällig!

**V**erzicht auf eine überfällige Anpassung, wie vom Burgenländischen Gemeindebund gefordert, ist zum Schaden für die Gemeinden!

Die Grundsteuer ist eine der wenigen gemeindeeigenen Einnahmequellen und daher ein unverzichtbarer Teil der Gemeindefinanzierung. Seit Jahren drängt der GVV Burgenland in verschiedenen Gremien darauf, dass die Grundsteuer bzw. der dieser zugrundeliegende Einheitswert angepasst wird, damit wir wieder zu einer fairen und aktuellen Bewertung der Grundstücke und Objekte kommen. Dies wurde Anfang März beim Wirtschaftsforum Burgenland auch von Brigitte Ederer, ehemalige Industriemanagerin, Vorstandsmitglied der Siemens AG und zuvor EU-Staatssekretärin, betont.

### Gemeinden entgehen Millionen an Einnahmen

Den Gemeinden entgehen österreichweit, durch die zuletzt Anfang der achtziger Jahre angepassten Werte, Millionen an Einnahmen. Die Grundsteuereinführung unter Bundeskanzler Bruno Kreisky im Jahre 1973 sollte zu einer gerechten Abgabenteilung führen. Wenn man sich nun ansieht, wie beispielsweise Stegersbach heute aussieht und wie 1973, kann man leicht ermesen, was sich in vielen Gemeinden seither getan hat.

Die Grundsteuer ist daher auch immer wieder Teil der Überlegungen zu Steuerreformen. Auch aktuell wird eine Erhöhung der Grundsteuer politisch diskutiert. Es muss eine Steuersenkung und dafür eine vernünftige Gegenfinanzierung geben, beispielsweise mit einer höheren Besteuerung von Vermögen. Die Grundsteuer muss angepasst werden und eine gemeindeeigene Abgabe bleiben. Ihr Ertrag muss bei den Gemeinden ankommen, da eine Steuerreform ohnedies auch einen Beitrag der Gemeinde aus den Ertragsanteilen nach sich zieht.

Umso unverständlicher sind daher die Äußerungen des Burgenländischen Gemeindebundes. Auf der Landeskonzferenz des ÖVP-Verbandes – bei der auch Gemeindebund Österreich Generalsekretär Dr. Walter Leiss und Gemeindeferent LHStv. Mag. Franz

Steindl anwesend waren – wurde eine Anpassung der Grundsteuer von Präsident Leo Radakovits abgelehnt. Damit stellt man sich auch ganz klar gegen gleich mehrere einstimmige Beschlüsse des Österreichischen Gemeindebundes, die auch aufgrund von Initiativen der sozialdemokratischen Gemeindevertreterverbände gefasst wurden.

Eine Reform der Grundsteuer ist jedenfalls seit Jahren überfällig – schon deshalb, weil diese, wie von den Höchstgerichten festgestellt, in der jetzigen Form verfassungswidrig ist. Derzeit beträgt das Gesamtvolumen der Grundsteuer rund 525 Millionen Euro pro Jahr (ohne Wien), bei Gesamteinnahmen der Gemeinden von rund 17 Milliarden Euro.

Eine Herausforderung bei einer allfälligen Reform ist, dass alle Liegenschaften neu bewertet werden müssen. Derzeit ist es so, dass die Finanzämter für die Bewertungen zuständig sind. Nachdem die Finanzämter aber in die Bundeskompetenz fallen, ist der Ehrgeiz des BMF gering, hier um viel Geld eine Neubewertung durchzuführen, wenn die Einnahme aus dieser Steuer nicht ins Bundesbudget laufen. Der Rückstau an offenen Bewertungen ist – auch im Burgenland – noch sehr hoch.

### Einheitswert muss tatsächlichem Verkehrswert entsprechen

Aus Sicht des GVV Burgenland muss es – auch weil es der VfGH will – eine Reform der Grundsteuer geben. Sie muss verfassungskonform sein und die Einnahmen daraus müssen den Gemeinden zu Gute kommen. Gleichzeitig darf sich der Bund aber nicht aus seiner Verantwortung stellen, eine neue Hauptfeststellung durchzuführen, damit der Einheitswert auch dem tatsächlichen Verkehrswert entspricht. Finanzminister Schelling ist nun gefordert, einen entsprechenden Entwurf vorzulegen.

Gemeindeferent Franz Steindl und Gemeindebund Burgenland Präsident Leo Radakovits wären gut beraten – im Sinne aller 171 Gemeinden des Landes – hier positiv auf den Finanzminister ihrer Partei einzuwirken, anstatt die Anpassung der Grundsteuer abzulehnen!

## Keine Ausnahme für Gemeinden: EU-Transparenz-Register geht online

**Das lange diskutierte interinstitutionelle EU-Transparenz-Register ging Ende Jänner online und trotz massiver Einwände der kommunalen Verbände sollen sich „Städte, lokale und kommunale Behörden, ihre Vertretungen und nationalen Zusammenschlüsse“ eintragen, wenn sie mit Kommission oder Parlament Kontakt aufnehmen.**

Während Regionen und ihre Vertretungen von der Registrierung ausgenommen sind, fällt die öffentliche Gebietskörperschaft Gemeinde also in den Anwendungsbereich des Registers. Sachlich ist diese Unterscheidung nicht zu rechtfertigen, politisch wird das Signal ausgesandt, Kommunen wären weniger relevant oder kompetent als Regionen. EU-Beamte der Kommission und des Parlaments sind angehalten, nur noch mit Vertretern von Organisationen, die im Register eingetragen sind, Kontakt zu halten. Treffen mit Interessensvertretern sind bis hinauf zur Ebene der Kommissare offen zu legen. Registrierte Organisationen werden in die Mailinglisten der Kommission aufgenommen und können sich an Konsultationen beteiligen. Konsultationsbeiträge nichtregistrierter Organisationen werden extra ausgewiesen und im weiteren Verlauf womöglich nicht berücksichtigt.

Gegen eine Eintragung spricht, dass man die Ungleichbehandlung zweier Gebietskörperschaften nicht hinnehmen sollte, da sie in weiterer Folge zu einer Mar-

ginalisierung der lokalen Ebene führen könnte. Das politische Signal ist fatal. Weiters spricht dagegen, dass Jahresbudget und Finanzierungsquellen offen zu legen sind – sowohl von Gemeinden, als auch von Verbänden. Dieses Erfordernis steht in keiner Relation zum gewünschten Ziel, nämlich Gespräche über gesetzgeberische Initiativen der EU, die letztlich auf kommunaler Ebene umzusetzen sind. EU-Beamte, parlamentarische Assistenten, EU-Abgeordnete und Kommissare sollten eigentlich ein Eigeninteresse an der Expertise der Städte und Gemeinden haben und sich auch dessen bewusst sein, dass etwa die Offenlegung von Budgets sehr sensibel oder gar unmöglich sein kann.

Leider zeigen sich bereits erste Auswirkungen des Registers. Einem Schwesterverband des Gemeindebundes wurden Gesprächstermine mit hochrangigen Kommissionsbeamten versagt, weil besagter Verband nicht im Transparenzregister zu finden ist.

Aktuell gibt es eine große kommunale Opposition gegen die Eintragung, wobei von Kommissionsseite kein Einlenken zu erwarten ist. Im Arbeitsprogramm der Kommission ist jedoch die Überarbeitung des Transparenzregisters angekündigt, was wohl die einzige Möglichkeit sein dürfte, die Fehler des derzeitigen Systems zu korrigieren.

<http://ec.europa.eu/transparencyregister/public/homePage.do?redir=false&locale=de>



**Transparenz gefordert:** Seit 27. Jänner ist das EU-Transparenz-Register online



### Ausschuss der Regionen konstituiert sich neu

Von 11.-13. Februar fand in Brüssel die konstituierende Plenarsitzung der neuen fünfjährigen Funktionsperiode des Ausschusses der Regionen statt. Die Nachfolge von Interimspräsident Michel Lebrun tritt der Finne Markku Markkula an, der als Stadtrat von Espoo der kommunalen Familie zuzurechnen ist. Vizepräsident ist Karlheinz Lambertz, Parlamentspräsident der deutschsprachigen Gemeinschaft in Belgien. Der steirische Landesrat Christian Buchmann wurde zum Vorsitzenden des Wirtschaftsausschusses ECON bestellt, der Vertreter des Landes Salzburg, Dr. Franz Schausberger, wurde Vorsitzender der Arbeitsgruppe Westbalkan.

### Rasche KMU-Finanzierung aus Investitionsfonds

Der Gouverneursrat der Europäischen Investitionsbank EIB beschloss, Finanzierungsmaßnahmen für KMU, deren Projekte für Unterstützung aus dem Investitionsfonds EFSI in Frage kommen, noch vor Inkrafttreten der Fondsverordnung zu ermöglichen. Die Kommission rechnet mit dem Inkrafttreten der Verordnung im Frühherbst, noch vor dem Sommer sollen innovative KMU EIB-Darlehen abrufen können. Die Kommission tut also ihr Möglichstes, um den Juncker-Investitionsplan so schnell wie möglich umzusetzen. Jetzt liegt es am Gesetzgeber, der die rechtliche Grundlage verabschieden muss, und an den Investoren. Denn die versprochene Hebelwirkung gibt es nur bei ausreichender Beteiligung des Privatsektors.

[http://europa.eu/rapid/press-release\\_IP-15-4441\\_en.htm](http://europa.eu/rapid/press-release_IP-15-4441_en.htm)



**GVV Kommunalstammtische in allen Bezirken!** Der GVV Burgenland beginnt das Jahr 2015 mit Kommunalstammtischen in allen Bezirken des Landes. Von Jänner bis Februar wurden alle Bezirke von GVV Präsident Erich Trummer oder LGF Mag. Herbert Marhold besucht. Im Mittelpunkt der kommunalen Treffen stand die Vorbereitung auf die anstehenden Landtagswahlen im Mai dieses Jahres. Die kommunalen Mandatäre wurden dabei mit den rechtlichen Rahmenbedingungen und den Vorhaben und Aktionen des GVV Burgenland im Rahmen des Landtagswahlkampfes konfrontiert. Den Abschluss bildet der Kommunalstammtisch im Bezirk Mattersburg Ende Februar. Im Bild: Mandatäre des Bezirks Jennersdorf mit GVV LGF Mag. Herbert Marhold  
Foto: GVV Burgenland



## Promis für Hans Niessl: Den rot-goldenen Erfolgsweg weiterschreiben

Bereits mehr als 135 prominente Persönlichkeiten haben sich anlässlich der bevorstehenden Landtagswahl zusammengeschlossen, um sich für die Wiederwahl von Landeshauptmann Hans Niessl einzusetzen. Im Rahmen eines unabhängigen Personenkomitees treten die Prominenten aus Sport, Kunst und Kultur, Wirtschaft, Bildung und Forschung sowie Gesundheit und Soziales über Parteigrenzen hinweg dafür ein, dass das Burgenland weiterhin in den besten Händen bleibt. „Das Burgenland hat sich vom Schlusslicht zum Vorzeigebundesland entwickelt. Diesen rot-goldenen Erfolgsweg weiterzuschreiben ist uns allen ein großes Anliegen. Wir möchten deshalb Hans Niessl unsere volle Unterstützung zukommen lassen“, so die Komitee-Sprecher Olympiasiegerin und Vize-Weltmeisterin Julia Dujmovits, Schauspieler und Intendant Frank Hoffmann sowie Starwinzer Erich Scheiblhofer.

Im Bild von links nach rechts: Olympiasiegerin und Vize-Weltmeisterin Julia Dujmovits, Starwinzer Erich Scheiblhofer, Schauspieler und Intendant Frank Hoffmann

Foto: Personenkomitee „Wir für Hans Niessl“

### I M P R E S S U M

**Medieninhaber und Verleger:**

Sozialdemokratischer Gemeindevertreterverband  
Permayerstraße 2, 7000 Eisenstadt  
www.gvbgld.at

**Redaktion:** GVV Burgenland

**Druck:** DANEK Grafik + Repro + Druck  
Industriestraße 1/11, 7053 Hornstein  
P.b.b. Verlagspostamt: 7000 Eisenstadt

**Zulassungsnummer: 02Z034036 M**